

Peter Fischer-Bollin **Der Populismus
sieg auch in
Guatemala**

**Die allgemeinen Wahlen vom
7. November und 26. Dezember 1999**

In Guatemala, dem bevölkerungsreichsten Land Zentralamerikas mit heute rund 11,5 Millionen Einwohnern, wurden am 7. November 1999 in allgemeinen, freien, geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlen die Ämter des Präsidenten, Vizepräsidenten, der 113 Parlamentsabgeordneten, der Bürgermeister und Stadträte der 330 Städte und Gemeinden sowie der 20 guatemaltekenischen Abgeordneten für das zentralamerikanische Parlament neu besetzt. Da keiner der Präsidentschaftskandidaten im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit der Stimmen erreichte, fand am 26. Dezember 1999 eine Stichwahl statt, aus der Alfonso Portillo vom FRG (Frente Republicano Guatemalteco) als Sieger hervorging.

Vom Ende der spanischen Herrschaft in Mittelamerika (1821) bis zum Ende des zweiten Weltkrieges dominierten in Guatemala diktatorische Herrschaftsformen, die die Interessen von Agraroligarchie und Militär vertraten. Eine kurze Phase demokratischer Reformen von 1944 bis 1954 wurde Opfer von nationalen Rivalitäten, die die Akteure des Kalten Krieges (vor allem die CIA) ausnutzten und instrumentalisierten, um eine vermeintliche kommunistische Bedrohung in Guatemala auszuschalten. Bis in die achtziger Jahre war die soziale und politische Realität des Landes von Militärherrschaft, Repression und Gewalt gekennzeichnet. Erst nach dem Höhepunkt der Gewalt (1979-1983), die sich gegen politische Gegner und die indianische Bevölkerung richtete, wurden demokratische Reformen eingeleitet und 1984/85 zivile Amtsträger für Regierung und Parlament gewählt. Nach einer Verfassungsänderung im Jahre 1994 wurden am 7. November 1999 erstma-

Zum ersten Mal seit dem Ende des Bürgerkrieges (1960-1996) wurden in Guatemala alle politischen Wahlämter neu besetzt. Herausragend und irritierend zugleich ist die deutliche Niederlage der Regierungspartei PAN, deren Regierung unter Alvaro Arz immerhin Unterzeichnerin des lang ersehnten Friedensabkommens war. Sieger auf allen Ebenen wurde hingegen der FRG, eine vom Ex-Militärherrscher General Efraín Ríos Montt gegründete und geführte Partei. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass die Kategorien Friedensstifter hier – Menschenrechtsverletzer und Diktator da von den Guatemalteken so nicht mehr wahrgenommen werden. Ein anderer Akteur kam hinzu: der lachende Dritte sein: Alfonso Portillo, Ex-Sozialist, Ex-Christdemokrat und ab 14. Januar 2000 Präsident Guatemalas für den FRG.

lig alle Wahlen am gleichen Tag durchgeführt und diese finden in Zukunft in einem Vierjahresrhythmus statt. Von den ca. 11,5 Millionen Guatemalteken waren etwa 4,4 Millionen in das Wahlregister eingetragen und somit wahlberechtigt. Der politisch wichtigste Wahlgang ist die Präsidentschaftswahl, die über die Zusammensetzung der Regierung entscheidet: dem Präsidenten kommt im Verfassungsgefüge von Legislative, Exekutive und Judikative traditionell die stärkste Position zu. Zum vierten Mal seit dem Ende der offenen Militärherrschaft 1985 und erstmalig nach dem Ende des Bürgerkrieges 1996 fanden Präsidentschaftswahlen für einen zivilen Präsidenten statt. Alle diese Wahlen wurden im „streng technischen Sinne“ weitgehend korrekt durchgeführt und es können hinsichtlich Kompetenz, Wahlfreiheit und politisch-programmatischer Optionen Fortschritte konstatiert werden.¹⁾ Die Wiederwahl des Präsidenten ist von der Verfassung verboten, ebenso sind frühere De-facto-Staatschefs (Putschisten und Militärherrscher wie General Ríos Montt, 1982-83) vom höchsten Staatsamt in Guatemala ausgeschlossen.

Während der Zeit des Bürgerkrieges zwischen Regierungsarmee und linker Guerrilla (1960-1996) hatte sich das Parteienspektrum auf demokratisch orientierte Parteien (vor allem Christdemokraten und Sozialdemokraten), die gegen die Diktatur kämpften, und die Diktatur stützende, rechte Parteien wie den MLN (Movimiento de Liberación Nacional) beschränkt.²⁾ Nach 1985 kamen neue Parteien wie UCN (Unión de Centro Nacional), PAN (Partido de Avanzada Nacional) und FRG hinzu, die politisch rechts bzw. Mitte-rechts einzustufen sind. Die revolutionäre Linke nahm nicht am politischen Prozess teil und erst nach dem Friedensschluss vom 29. Dezember 1996 zwischen Regierung und Guerrilla URNG (Unidad Revolucionaria Nueva Guatemala) konnte sich letztere in eine politische Partei umwandeln.

Insgesamt ist das politische System Guatemalas seit 1985 von Instabilität und weiter starkem Einfluss von Kräften gekennzeichnet, die außerhalb der politischen Institutionen anzusiedeln sind, wie z.B. Militär und Unternehmerverband. Bisher hatte es keine Partei geschafft, zweimal die Präsidentschaftswahlen

1) Vgl. Michael Krennerich: *Wahlen und Antiregimekriege in Zentralamerika*, Opladen 1996, S. 84-86.

2) Zur ideologischen Begrenztheit des guatemalteckischen Parteienspektrums vom Beginn der Transition 1984 bis 1995/96 vgl. Petra Bendel: *Parteiensysteme in Zentralamerika*, Opladen 1996, S. 115-133.

zu gewinnen. Die bisherigen, vom Volk gewählten und zivilen Präsidenten waren Vinicio Cerezo (1985-1991, Democracia Cristiana Guatemalteca, DCG), Jorge Serrano (1991-1993, nach Selbstputsch zum Rücktritt gezwungen,³⁾ Movimiento de Acción Solidaria, MAS) und Alvaro Arzú (1996-2000, PAN). Die Ende der achtziger Jahre dominierenden Parteien DCG und UCN spielen heute nur noch eine sehr nachrangige Rolle, während die Partei des Präsidenten Serrano, MAS, gar völlig verschwand und als Rechtsnachfolgerin ARDE auf die politische Bühne trat. Schon bei den Parlamentswahlen 1994 kristallisierten sich die erst Ende der achtziger Jahre gegründeten Parteien FRG (32 Abgeordnete) und PAN (24 Abgeordnete) als neue starke Kräfte in Guatemala heraus.⁴⁾ Eine Konstellation, die auch 1999 das Wahlgeschehen prägte.

■ Die Regierung Arz (1996-2000) im Friedens- und Demokratisierungsprozess

Herausragendes Verdienst der Regierung von Präsident Alvaro Arzú ist der formelle Abschluss des Friedensvertrages am 29. Dezember 1996, der dem Krieg zwischen Armee und Guerrilla, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hatte, ein Ende setzte.⁵⁾ Der Friedensvertrag sah neben dem Ende des bewaffneten Konfliktes die Integration der aufständischen Kräfte, die in der URNG zusammengeschlossen waren, in das politische System Guatemalas vor. Außerdem verankerte er die Menschenrechte, die Weiterführung des Demokratisierungsprozesses sowie die Anerkennung und Integration der Maya-Bevölkerung, der mehr als die Hälfte aller Guatemalteken angehören, in den politischen und sozialen Entwicklungsprozess. Bestandteil der Vereinbarungen zwischen Regierung und URNG war auch die Einsetzung einer Wahrheitskommission zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen während des 36 Jahre dauernden Bürgerkrieges.⁶⁾ Diese aus drei Mitgliedern bestehende „Comisión para el Esclarecimiento Histórico“ (CEH) arbeitete unter Leitung des deutschen Völkerrechtlers Christian Tomuschat fast zwei Jahre und legte am 25. Februar 1999 ihren 3500 Seiten umfassenden Bericht vor.⁷⁾ Die von der Kommission erarbeiteten Empfehlungen zur weite-

3) Die Vorgänge des Jahres 1993 und ihre Vorgeschichte werden beleuchtet in: Rachel M. McCleary, *Imponiendo la Democracia. Las élites guatemaltecas y el fin del conflicto armado*, Guatemala 1999. (Die engl. Originalfassung heißt: *Dictating Democracy: Guatemala and the End of Violent Revolution*, University Press of Florida 1999.)

4) Zu den jüngsten Wahlen vgl. Manuel R. Villacorta O., „Los procesos electorales en Guatemala: 1992-1996“, in: Instituto Interamericano de Derechos Humanos (IIDH) (Hrsg.): *Urnas y desencanto político. Elecciones y democracia en América Latina 1992-1996*, San José 1998, S. 99-122.

5) Vgl. hierzu Josef Thesing: „Frieden in Guatemala“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Heft 1/1997, S. 20-41.

6) Die Kommission war im Vertrag von Oslo (23.06.1994) zwischen Regierung und URNG vereinbart worden und hatte den Auftrag, „mit Objektivität, Gleichheit und Unparteilichkeit die mit dem bewaffneten Konflikt in Verbindung stehenden Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten aufzuklären.“

7) United Nations Office for Project Service UNOPS (Hrsg.): *Guatemala, Memoria del Silencio. Informe de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico*, 12 Bände, Guatemala 1999.

ren Umsetzung des Friedensprozesses wurden von der Regierung weitestgehend ignoriert. Insbesondere, dass die Kommission zu dem Ergebnis kam, dass der guatemaltekische Staat und die Armee die Hauptverantwortung für die massive Verletzung der Menschenrechte bis hin zum Völkermord (genocidio) an der Maya-Bevölkerung tragen, wurde eher distanziert und ablehnend zur Kenntnis genommen.

Dies und der Fall Gerardi haben die Regierung Arzú und die Regierungspartei PAN viel von dem durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages gewonnenen Kredit gekostet. Der Weihbischof von Guatemala-Stadt, Juan Gerardi, hatte im April 1998 den Menschenrechtsbericht der katholischen Kirche⁸⁾ als verantwortlicher Leiter der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser Bericht benennt Taten, Opfer und Täter der schwersten Menschenrechtsverletzungen und belastet ebenso wie der CEH-Bericht die Militärs und Paramilitärs bis in höchste Ränge stark. Zwei Tage später wurde Gerardi in seiner Garage ermordet und die Tat ist bis heute nicht aufgeklärt, obwohl eine Reihe von Indizien für eine Beteiligung von Angehörigen der Streitkräfte sprechen.

Ein wesentliches Hindernis bei der Institutionalisierung der Demokratie ist die immer noch sehr starke Position des Militärs. Dieses und weitere Themen des Friedensprozesses waren Gegenstand einer Verfassungsreform, die durch eine Volksbefragung am 16. Mai 1999 ratifiziert werden sollte. Die 50 Reformen, von denen allerdings nur etwa zehn in direktem Zusammenhang mit dem Friedensprozess standen, wurden den Bürgern in vier Frageblöcken vorgelegt: 1. Nation, soziale Rechte und *Indigena*-Angelegenheiten, 2. Exekutive, Rolle des Militärs, 3. Legislative und 4. Justiz. Bei einer sehr geringen Wahlbeteiligung von 18 Prozent wurden alle vier Reformblöcke mehrheitlich abgelehnt und der Friedensprozess erfuhr dadurch einen deutlichen Rückschlag. Zentrales Thema, das für die Ablehnung verantwortlich gemacht wird, ist die vollständige soziale, politische und rechtliche Anerkennung der Maya-Bevölkerung.

Mit der Volksabstimmung über die Verfassungsänderungen⁹⁾ scheiterte der Vorschlag, den Posten des Verteidigungsministers mit einem Zivilisten zu besetzen, ebenso wie die Abschaffung des Präsidial-

8) Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala (Hrsg.), *Guatemala – Nunca más. Informe del Proyecto Interdiocesano de Recuperación de la Memoria Histórica*, 4 Bände, Guatemala 1998.

9) Vgl. Carmen María Gutiérrez de Colmenares „Acuerdos de paz, reformas a la Constitución Política de Guatemala y consulta popular de 1999“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung/CIEDLA (Hrsg.), *Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano*. Edición 1999, Buenos Aires 1999, S. 503-556.

stabes (Estado Mayor Presidencial), der neben der Sicherheit des Präsidenten auch für die komplette Organisation des Präsidialbüros zuständig ist und über Sondervollmachten im polizeilichen und juristischen Bereich verfügt. Allerdings sollte der Präsidialstab laut Präsident Arzú noch vor Ablauf seiner Amtszeit am 14. Januar 2000 auch ohne Verfassungsänderung abgeschafft werden. Dieser Präsidialstab ist laut Zeugenaussagen in den Mord an Weihbischof Gerardi verwickelt und das lässt die Unfähigkeit von Regierung und Justiz, den Fall aufzuklären, in einem anderen Licht erscheinen. Kurz bevor er die Anklage gegen verdächtige Militärs einreichen konnte, musste der Staatsanwalt Calvin Galindo im Oktober 1999 das Land mit seiner Familie verlassen, weil er den Todesdrohungen und Entführungsversuchen gegen seine Familie nicht mehr standhalten konnte. Nachforschungen der Presse über den Einfluss des Militärs auf den zivilen Staat und seine Organe lassen diese mittlerweile von einer „parallelen Staatsgewalt“ sprechen, die vor allem im Bereich Innere Sicherheit und Justiz über starken Einfluss verfügt.¹⁰⁾ Der militärische Einfluss wird nach einer neuen politikwissenschaftlichen Studie weiterhin für so stark gehalten, dass von einer „Co-Regierung“ die Rede ist, deren Grenzen keine der zivilen Regierungen seit 1986 gewagt habe anzutasten.¹¹⁾

Insgesamt ist die Regierungszeit Arzús wegen der Beendigung des Bürgerkrieges positiv zu interpretieren, auch wenn die Vorarbeiten der demokratischen Präsidenten seit Vinicio Cerezo nicht vergessen werden sollten. Auch sind eindeutige Fortschritte im Demokratisierungsprozess zu attestieren, die die Meinungsfreiheit und die Aufarbeitung der Vergangenheit betreffen. Die beiden Menschenrechtsberichte liefern heute fundiertes Material, um in der Öffentlichkeit über die Vergangenheit von Personen (v.a. Politikern und Militärs) und Institutionen zu sprechen und zu schreiben. Das wäre vor wenigen Jahren noch nicht möglich gewesen. Gleichzeitig sind aber gerade 1998/99 die aktuellen Grenzen dieses Prozesses deutlich geworden, die die Aufklärung des Mordes an Bischof Gerardi und die Umsetzung der Empfehlungen der Tomuschat-Kommission ver-

10) Vgl. den Bericht „Militares se infiltran en organismos del estado“ in *El Periódico* vom 25.10.1999.

11) Vgl. Jennifer Schirmer, *Las intimidaciones del proyecto político de los militares en Guatemala*, Guatemala 1999; hier S. 422-426.

hindern und die offensichtlich auch in der Regierung Arzú und des PAN begründet liegen.

■ **Parteien, Kandidaten und die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf**

Die Wahlkampfsszenarie 1999 war von der Auseinandersetzung zwischen den beiden Hauptkontrahenten PAN und FRG geprägt, die nach allen Umfragen mit weitem Abstand vor den anderen Parteien lagen. PAN wurde von Alvaro Arzú in den achtziger Jahren als kommunales Bürgerkomitee in Guatemala-Stadt gegründet und steht traditionell dem Unternehmerlager sehr nahe. PAN gewann neben den Präsidentschaftswahlen 1995 auch die letzten Parlamentswahlen und verfügte über eine Mehrheit im Kongress. Außerdem regiert PAN seit 1986 die Hauptstadt des Landes und nominierte den bisherigen Bürgermeister von Guatemala-Stadt, Oscar Berger, als Präsidentschaftskandidaten. Der PAN-Kandidat Oscar Berger wirkte allerdings sehr blass und litt vor allem unter dem negativen Image der Regierung Arzú, das aus Enttäuschungen über die Sicherheitslage, die Privatisierungspolitik und die soziale Lage herrührte. Berger hat es trotz markiger Ankündigungen, wie z.B. die, alle Löhne ab 15. Januar 2000 erhöhen zu wollen, nicht geschafft, sich von diesen Belastungen zu befreien.

Der FRG wurde ebenfalls in den achtziger Jahren gegründet. Gründer und bis heute die dominierende Figur ist General a.D. Efraín Ríos Montt, der in den siebziger Jahren Reformkandidat der politischen Mitte um die Christdemokraten war, aber durch Wahlbetrug nicht Präsident wurde. 1982 kam er nach einem Putsch an die Macht und verfolgte eine „Politik der verbrannten Erde“, der Tausende Guatemalteken zum Opfer fielen. Er hat sich als evangelikaler Sektenprediger betätigt und verfügt in diesen Sektoren über einigen Einfluss. 1995 unterlag der FRG-Kandidat Alfonso Portillo erst in der Stichwahl knapp gegen Arzú (PAN) und der FRG erreichte die zweitstärkste Fraktion im Kongress. Der FRG präsentierte 1999 als Präsidentschaftskandidaten wieder Portillo, während General Ríos Montt die Parlamentsliste anführte und das Amt des Parlamentspräsidenten anstrebte. Portillo hat eine wech-

selvolle politische Vergangenheit, die ihn von linksgerichteten Jugendverbänden über die christdemokratische Partei 1995 zum FRG führte. Im Mittelpunkt der Wahlkampfauseinandersetzungen der letzten Wochen vor der Wahl stand jedoch die Tatsache, dass Portillo 1982 in Mexiko zwei mexikanische Studenten erschossen und sich der Justiz entzogen hatte. Er besteht darauf, dass es Notwehr war und die mexikanische Justiz nicht vertrauenswürdig genug sei, um ein faires Urteil zu erwarten. In Mexiko ist der Fall mittlerweile verjährt, aber er zeigt die Schwierigkeiten auf, die Person Portillo einzuschätzen, der sich zudem als guter und überzeugender Rhetoriker präsentiert. Interessanterweise hat der Fall laut Meinungsumfragen keinerlei negative Auswirkungen für Portillo in seinem Ansehen bei den Guatemalteken gehabt.¹²⁾

Neben diesen beiden Favoriten hatten noch neun andere Parteien und Allianzen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt und warben um die Zustimmung der Wähler. Besonders hervorzuheben ist die Alianza Nueva Nación (ANN), zu der sich die linken Parteien DIA und URNG zusammengeschlossen hatten. Die URNG war im bis 1996 andauernden Bürgerkrieg die Dachorganisation der Guerrillaverbände und hat sich im Rahmen des Friedensprozesses zu einer politischen Partei gewandelt. Sie wurde Ende 1998 in das Parteienregister eingeschrieben. Kandidat der ANN war der parteilose Alvaro Colom Caballeros. Colom stammt aus einer sehr politischen Familie Guatemalas und hatte während der letzten drei Administrationen wichtige Funktionen im Staatsapparat inne. Zuletzt war er Direktor des Nationalen Friedensfonds (FONAPAZ, 1991-1997) und des Regierungsprogramms zur Lösung der Landkonflikte (1997-1999). Daneben hat er sich dem Studium der Maya-Kultur gewidmet und fungiert heute als Maya-Priester. Ursprünglich war auch die Mitte-Links-Partei FDNG (Frente Democrático Nueva Guatemala) an der ANN beteiligt. Nach vor allem personell bedingten Konflikten trennte sich der FDNG allerdings schon im Mai 1999 von der Allianz und stellte mit der Christdemokratin Catalina Soberanis Reyes (Arbeitsministerin 1986-88, Parlamentspräsidentin 1991-92) eine eigene Präsidentschaftskandidatin auf. Die sechsköpfige Parla-

12) Nach einer Umfrage der Fa. Borge & Asociados im Auftrag mehrerer Zeitungen im Oktober 1999 waren zwar 69 Prozent der Befragten über den Fall informiert, davon hielten 40 Prozent das Verhalten von Portillo für richtig, lediglich 22 Prozent missbilligten es und 31 Prozent wollten sich dazu nicht äußern. Diese Ergebnisse lassen einige Rückschlüsse über die politische Kultur in Guatemala zu. Die Umfrage wurde am 29.10.1999 in *Prensa Libre* veröffentlicht.

mentsfraktion des FDNG hatte sich in der abgelaufenen Legislaturperiode durch engagierte und öffentlichkeitswirksame Arbeit vor allem der beiden Maya-Abgeordneten Rosalina Tuyuc und Manuela Alvarado profiliert.

Erstmals wurden in diesem Wahlkampf von fast allen Parteien Regierungsprogramme öffentlich vorgestellt. Dies fand große Aufmerksamkeit und ist als Fortschritt auf dem Weg zu demokratischer Entwicklung anzusehen, wenngleich sicher viele der gemachten Ankündigungen nicht realisierbar sind. Der Friedensprozess stand letztlich deutlich im Hintergrund des Wahlkampfes. Gleiches ist über das zentrale Thema der Integration der Maya-Bevölkerung zu sagen. Dagegen standen soziale und wirtschaftliche Probleme neben dem Kriminalitätsproblem im Mittelpunkt des Interesses. In beiden Bereichen ist die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation weitverbreitet und in der Einschätzung der Bevölkerung hat es seit dem Friedensschluss 1996 wenig oder keine Fortschritte gegeben. Immer noch ist ein Großteil der Bevölkerung von Armut betroffen, verfügt über keinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung sowie Wasser und Elektrizität,¹³⁾ obwohl gerade bei der Infrastruktur deutliche Verbesserungen durch die Regierung Arzú erreicht wurden. Die monatlichen Pro-Kopf-Einkommen liegen nach neuesten statistischen Daten der Regierung nur bei 610 Quetzales (ca. 150 DM), bei der ländlichen Bevölkerung sogar nur bei 368 Quetzales (ca. 90 DM).¹⁴⁾ Die Unzufriedenheit über diese Situation wurde vor allem der Regierungspartei PAN angelastet. Der FRG versuchte mit einigem Geschick, PAN als die Partei der Reichen darzustellen, die vier Jahre lang zum Vorteil der eigenen Clique gewirtschaftet hätten, wobei die unteren und mittleren Klassen nun die Zeche durch einen deutlich geschwächten Quetzal gegenüber dem US-Dollar und steigende Preise bei den privatisierten Dienstleistungen zu zahlen hätten. Gegen den PAN sprach in dieser Hinsicht auch die Tatsache, dass die Verpflichtung aus dem Friedensvertrag, bis zum Jahr 2000 eine gerechtere Steuerpolitik zu entwickeln, die zu einer Steuerquote von zwölf Prozent führt, nicht eingehalten wurde.¹⁵⁾

13) Informationen hierzu vgl. den Bericht des Projektes „Estado de la Región“, gefördert von UNDP und der EU: *Informe Proyecto Estado de la Región en Desarrollo Humano Sostenible*, San José, Costa Rica 1999, S. 163-194.

14) Statistische Daten des Instituto Nacional de Estadística de Guatemala, veröffentlicht in *El Periódico* vom 20. 10. 1999.

15) Dieses Ziel wurde bereits 1998 modifiziert und als Zielpunkt nun das Jahr 2002 angegeben. Nach derzeitigen Schätzungen liegt die Steuerquote bei ca. 9,6 Prozent für 1998 und ca. 10,3 Prozent für 1999. Details zu diesen und anderen Fortschritten bei der Umsetzung der Friedensverträge siehe in der Bewertung der URNG zum Friedensprozess, die am 08. 10. 1999 vorgelegt wurde. URNG: *Balance del Proceso de Paz 1997-1999*, Guatemala 1999.

Beim Kriminalitätsproblem wurden insbesondere in ländlichen Gebieten Ríos Montt und Portillo die größeren Kompetenzen zu dessen Lösung zugeschrieben. In den Jahren der Herrschaft Ríos Montts habe es zwar staatliche Repression, aber auch mehr „Ordnung“ und deutlich weniger Kriminalität gegeben. Die Sicherheitslage in Guatemala ist als sehr schwierig zu bezeichnen und immer öfter versucht die Landbevölkerung, Gerechtigkeit durch Lynchjustiz herzustellen. Allein 1999 wurden über 50 Personen, die als Diebe, Vergewaltiger oder Mörder verdächtigt wurden, von der Bevölkerung getötet. Dem FRG gelang es außerdem, sein menschenrechtsfeindliches Image aufzubessern, indem unabhängige Kandidaten wie Ramiro de León Carpio für das Parlament gewonnen wurden. De León Carpio war als Menschenrechtsbeauftragter ein eifriger Verfechter demokratischer Werte und verfügte national und international über hohes Ansehen. Wohl auch deshalb wählte ihn das Parlament nach Serranos Selbstputsch 1993 zum Staatspräsidenten, der die Amtsperiode zu Ende führte. Seine Kandidatur gilt als erfolgreiches Symbol einer ideologischen Modernisierung und Öffnung des FRG durch Portillo.

Die Integration der Maya-Bevölkerung war nur insofern ein Thema, als verschiedene Parteien (ANN, FDNG) Mayas als Vizepräsidentenskandidaten aufstellten. Der PAN-Kandidat Berger kündigte im Wahlkampf an, er werde als Präsident ein Parallelkabinett aus Mayas berufen. Allerdings ließ er dabei völlig offen, welche Kompetenzen und Handlungsfelder ein solches Maya-Kabinett haben sollte.

Positiv ist anzumerken, dass es nach Angaben der Beobachtermision der Vereinten Nationen MINUGUA keine politische Gewalt im Wahlkampf gegeben hat.¹⁶⁾ Anders als noch bis 1995, als politische Morde, Attentate und Todesdrohungen zur Wahlkampfauseinandersetzung gehörten, bestimmten 1999 Polemik, Rhetorik und Werbematerial den Wahlkampf.

16) Presseinformation von MINUGUA vom 29.09.1999.

■ Die Wahlen

Der Wahltag und die Wahlorganisation wurden von internationalen Beobachtern als sauber und ordentlich bewertet. Vor allem der langsame Auszählungsprozess nach den Wahlen erregte jedoch den Unmut

des FRG und seiner Anhänger, die einen schnellen Wahlsieg im ersten Wahlgang erwartet und erhofft hatten: Sie vermuteten gezielte Beeinflussung durch den PAN. Von aufgebrauchten Mengen wurden Wahllokale in einigen Orten gestürmt und verwüstet; dort wurden die Wahlen wiederholt, was aber keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis hatte. Allerdings ist es tatsächlich schwer nachzuvollziehen, warum auch vier Tage nach der Wahl nur sehr unvollständige Ergebnisse vorlagen. In Guatemala-Stadt hatte der FRG formell die Wahlen wegen des Verdachtes des Wahlbetrugs durch die PAN-geführte Stadtverwaltung angefochten, was aber vom Wahlgericht zurückgewiesen wurde. In den Tagen nach den Wahlen kam es zu verschiedenen weiteren Gewaltakten, bei denen zum Beispiel der Amtsverzicht eines neugewählten Bürgermeisters erzwungen wurde. Diese Vorgänge belasten die ansonsten eher positive Bilanz des Wahlaktes im Hinblick auf Beteiligung und Transparenz. Die Wahlbeteiligung stieg zum ersten Mal seit Jahren bei Abstimmungen und Wahlen wieder an. Sie lag bei den Präsidentschaftswahlen 1999 (1. Wahlgang) bei 53,76 Prozent, während am ersten Wahlgang 1995 nur 46,8 Prozent der Wähler teilnahmen.

Wahlsieger auf allen Ebenen wurde der FRG. Neben der Präsidentschaft verfügt der FRG im Parlament zukünftig über eine komfortable absolute Mehrheit mit 63 Sitzen (57 wären für die absolute Mehrheit nötig). Die bisherige Mehrheitsfraktion des PAN schrumpft von 43 auf 37 Abgeordnete, wobei das Parlament bisher nur insgesamt 80 Abgeordnete (jetzt 113) umfasste. Das Linksbündnis ANN kommt auf neun Abgeordnete und vier weitere Sitze fallen an Kleinparteien (Democracia Cristiana DCG (2); Partido Libertador Progresista PLP (1); Unión Democrática-Los Verdes UD-LOV (1). Hinsichtlich der Maya-Integration ist es erwähnenswert, dass nach inoffiziellen Daten im neuen Kongress 14 Maya-Abgeordnete vertreten sein werden, die sich wie folgt auf die Fraktionen verteilen: FRG (7), PAN (3) und ANN (4).

Auch die 330 Rathäuser Guatemalas werden zukünftig mehrheitlich vom FRG regiert. Der FRG gewann 147 Bürgermeisterämter, während PAN nur 114 gewann, darunter befindet sich aber die Hauptstadt, in der mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölke-

rung leben. Bürgerkomitees konnten die Wahl in 25 Städten und Gemeinden für sich entscheiden, darunter der zweitwichtigsten Stadt des Landes, Quetzaltenango.

In der Konsequenz dieses Wahlganges werden sechs Kleinparteien gemäß dem geltenden Gesetz aufgelöst werden, die weder vier Prozent der Wählerstimmen noch einen Parlamentsabgeordneten erreichen konnten. Bemerkenswert ist, dass neben drei relativ jungen Parteien (ARDE, AD und ARENA) auch für die Parteien FDNG, UCN und MLN das Ende feststeht. FDNG (Frente Democrático Nueva Guatemala) war bei den letzten Parlamentswahlen erstmals angetreten und hatte als damals einziger Repräsentant des linken Spektrums sechs von 80 Parlamentssitzen gewonnen. Die UCN (Unión del Centro Nacional) war Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre die zweite dominierende Kraft im guatemaltekischen Parteienspektrum neben der DCG. Seit der Ermordung ihres Gründers und ihrer Leitfigur Jorge Carpio Nicolle 1993 ging es mit der Partei stetig bergab. Der MLN (Movimiento de Liberación Nacional) schließlich war eine Rechtspartei, die seit den sechziger Jahren als extreme Rechte aktiv war und als Partei an den Militärdiktaturen der siebziger Jahre partizipierte.

Als Hauptgründe für den Wahlerfolg des FRG und den Einbruch des PAN werden folgende genannt: PAN sprach nicht die Herzen der Wähler an und verstärkte durch seine Kampagnenführung den Eindruck, die „Partei der Reichen“ zu sein. Sowohl die politische Leitung des Wahlkampfes als auch die Wahlkampfhelfer auf den Straßen wurden wohl mehrheitlich bezahlt, was sich negativ auf die politische Begeisterung auswirkte. In vielen Bereichen der Gesellschaft wie z.B. den Maya-Organisationen wurde die Regierung Arzú als arrogant und verschlossen (*cerrado*) wahrgenommen, die nicht einmal das Gespräch mit gesellschaftlichen Gruppen suchte. Auch die herrschaftliche Art, mit der Arzú seinen Machtanspruch in der eigenen Partei gegen den Kandidaten Berger durchsetzte, indem die Parlamentskandidaten weitgehend aus seinem – Arzús – Bereich stammten, erzeugte ein negatives Bild.

Der FRG-Kandidat Portillo präsentierte sich hingegen als geschickter Rhetoriker, der für jeden

Guatemalteken ein offenes Ohr und Lösungen für die Sorgen der einfachen Bürger parat habe. Portillo wurde massiv von einer eigenen politischen Bewegung, dem Movimiento Nacional Portillista (MNP), gestützt. Diese Bewegung verfügte über ausreichende finanzielle Mittel und wurde von politischen Profis geführt, von denen viele früher in der Christdemokratie beheimatet waren. Mit dem MNP konnte sich Portillo klar aus dem dunklen Schatten des FRG und seines Parteichefs General Ríos Montt lösen.

■ **Perspektiven für Guatemala nach den Wahlen**

Mit diesem Ergebnis ist das eingetreten, was viele Beobachter befürchtet hatten: Der FRG wird in den nächsten vier Jahren relativ unbedrängt regieren können. Der Zwang zu Verhandlungen und Kompromissen entfällt ebenso wie dies bei den früheren Regierungen des PAN und der DCG der Fall war. Der FRG-Vorsitzende und frühere Militärmacht-haber General a.D. Ríos Montt hat sich eine starke Position geschaffen und er wird wahrscheinlich Parlamentspräsident werden. Seine Machtbasis liegt in der FRG-Fraktion und wird nicht zuletzt durch die Präsenz von Familienangehörigen und Ex-Militärs als Abgeordneten abgesichert. Mit Spannung wird nun erwartet, wie Portillo sich eine ihn unterstützende Position in der FRG-Fraktion aufbauen kann. Davon wird wohl entscheidend abhängen, ob die zukünftige Regierungspolitik Guatemalas eher von Portillo oder von Ríos Montt gesteuert werden wird. Innen- und außenpolitisch kann Portillo viel Ansehen gewinnen, wenn er den zuletzt etwas stagnierenden Friedensprozess vorantreibt. Maßstab dafür könnte die rasche Aufklärung des Falles Gerardi und die Reform des Steuer- und Finanzwesens zugunsten einer gerechteren Lastenverteilung und eines höheren Staatseinkommens (*Pacto Fiscal*) sein.

Erstmals seit 1986 wird der Präsident Guatemalas nicht auch gleichzeitig der unumstrittene Führer seiner Partei sein und erstmals wird es mindestens zwei wichtige Führungspersönlichkeiten, nämlich den Staatspräsidenten Alfonso Portillo und den wahrscheinlichen Parlamentspräsidenten Efraín Ríos Montt geben.

Ein wichtiges Element für die Weiterentwicklung und Stabilisierung der guatemaltekischen Demo-

kratie ist die Zukunft des PAN: Wird die Partei ebenso zerfallen wie die bisherigen Regierungsparteien? Die relativ große Parlamentsfraktion und die Regierung der Hauptstadt könnten die Ausgangsbasis für eine solide Oppositionsarbeit sein, die bei den nächsten Wahlen die Früchte ihrer Arbeit ernten kann, wenn die mögliche Enttäuschung der Wähler über eine FRG-Regierung, die alle abgegebenen Versprechungen gar nicht halten kann, groß sein wird.

Ungewiss ist auch, ob sich eine relativ geeinte Linke als dritte Kraft etablieren kann. Die quantitative Repräsentation im Parlament hat sich jedenfalls vom FNDG (1995: sechs von 80 Sitzen) zur ANN (1999: neun von 113 Sitzen) nicht spürbar steigern können. Insgesamt scheinen die Wähler eher an klaren Verhältnissen mit wenigen starken Parteien interessiert zu sein, was das Fast-Verschwinden der originären Zentrumsparteien erklärt, die nach interner Zersplitterung immer mehr an Wählerunterstützung verloren haben. Eine spannende Frage ist nun, ob der PAN dieses Vakuum in der politischen Mitte füllen kann oder ob Portillo mit einer eigenen neuen Partei das Erbe der Christdemokraten und der UCN antreten wird.

■ Die Wahlergebnisse im Überblick

Parteien 1999	Stimmen 1999	Prozent 1999*	Parteien 1995	Stimmen 1995	Prozent 1995
PAN	664 417	30,3	PAN	565 393	36,5
FRG	1 045 820	47,7	FRG	341 364	22,0
DIA-URNG	270 891	12,4	DIA	39 425	2,6
UCN	22 939	1,1	DCG-UCN-PSD	200 393	12,9
ARDE	45 470	2,1	–		
FDNG	28 108	1,3	FDNG	119 305	7,7
LOV-UD	25 236	1,2	UD	56 191	3,6
ARENA	2 698	0,1	–		
MLN	13 080	0,6	MLN	35 675	2,3
AD	4 929	0,2	–		
PLP	67 924	3,1	PLP	80 761	5,2
Ungültige Stimmen		119 788		111 074	
Leere Stimmzettel		85 912		77 095	
Abgegebene Stimmen		2 397 212		1 737 033	
Wahlbeteiligung		53,76		46,80	
Im Wahlregister eingeschriebene Bürger	4 458 744			3 711 589	

■ **Tabelle 1: Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im 1. Wahlgang (7. 11. 1999 im Vergleich zu 12. 11. 1995)**

Quelle: Tribunal Supremo Electoral (www.tse.org.gt)

* Die Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen.

I Tabelle 2: Ergebnis der Stichwahl zum Pr sidenten am 26.12.1999

Kandidat	Stimmen	Prozent
Alfonso Portillo (FRG)	1 184 932	65,8*
Oscar Berger (PAN)	549 408	30,5*
Wahlberechtigt	4 458 744	100
Ungültige Stimmen	55 747	3,1*
Leere Stimmzettel	9 841	0,5*
Wahlbeteiligung	1 799 928	40,3

Quelle: Tribunal Supremo Electoral vom 28. 12. 1999, eigene Berechnungen.

* Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen.

I Tabelle 3: Die Sitzverteilung im Kongress. Vergleich nach den Wahlen 1995 und 1999

Partei/Allianz	Wahl 1999	Wahl 1995
PAN	37	43
FRG	63	21
ANN (DIA-URNG)	9	–
DCG	2	3
FDNG	0	6
UCN	0	2
LOV-UD	1	2
PLP	1	0
MLN	0	1
DCG-UCN-PSD*	–	2
Gesamt	113	80

* Als Koalition gewonnene Sitze.

Quelle: Tribunal Supremo Electoral

I Tabelle 4: Verteilung der guatemalteckischen Sitze im Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN). Vergleich nach den Wahlen 1995 und 1999

Partei/Allianz	Wahl 1999	Wahl 1995
PAN	7	8
FRG	10	5
ANN (DIA-URNG)	2	–
DCG	0	–
FDNG	0	2
UCN	0	0
LOV-UD	0	1 ¹⁾
PLP	1	1
MLN	0	0
DCG-UCN-PSD	–	3 ²⁾
Gesamt	20	20

1) Nur UD

2) In Koalition

Quelle: Tribunal Supremo Electoral

Partei	Anzahl
FRG	147
PAN	114
ANN	14
DCG	10
Comités Cívicos	25
Andere	20
Summe	330

■ Tabelle 5: Die Bürgermeister Guatemalas nach den Wahlen 1999

Quelle: Tribunal Supremo Electoral

Abkürzungen

ANN	Alianza Nueva Nación
ARDE	Acción Reconciliadora Democrática
CEH	Comisión para el Esclarecimiento Histórico
DCG	Democracia Cristiana Guatemalteca
FDNG	Frente Democrático Nueva Guatemala
FRG	Frente Republicano Guatemalteco
MAS	Movimiento de Acción Solidaria
MINUGUA	Misión de Verificación de las Naciones Unidas en Guatemala
MLN	Movimiento de Liberación Nacional
PAN	Partido de Avanzada Nacional
REMHI	Recuperación de la Memoria Histórica
UCN	Unión de Centro Nacional
URNG	Unidad Revolucionaria Nueva Guatemala

Abschluss des Manuskriptes: 29.12.1999